

DAe der öffentlichen GR-Sitzung vom 25.04.2024

Fraktion	Betreff des DAes
KPÖ	Amtliche Preisregulierungen auf Güter des täglichen Bedarfs <i>Dringlichkeit mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP, Neos, FPÖ, Eustacchio);</i> <i>Antrag mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ, Eustacchio)</i>
ÖVP	Infrastrukturmaßnahmen Park & Ride <i>Dringlichkeit einstimmig angenommen; Antrag mit Mehrheit abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ, Eustacchio)</i>
ÖVP	Masterplan „Sicherheit in Grazer Bädern“ <i>Dringlichkeit einstimmig angenommen; Abänderungsantrag mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Eustacchio)</i>
Grüne	Zugang aller 0- bis 6-Jährigen zur Elementarbildung <i>Dringlichkeit mit Mehrheit angenommen (gegen KFG); Antrag mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Eustacchio)</i>
Neos	Graz als Vorreiterin: Pilotprojekt für ein zweites kostenloses Kindergartenjahr in der Landeshauptstadt! <i>Dringlichkeit und Antrag einstimmig angenommen</i>
SPÖ	Grazer Wirtschaft in den Blickpunkt stellen/Infokampagne <i>Dringlichkeit und Antrag mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Eustacchio)</i>
SPÖ	8. Mai als Feiertag <i>Dringlichkeit mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ, Eustacchio);</i> <i>Antrag mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP, Neos, FPÖ, Eustacchio)</i>
KFG	Fahrradfreie Schmiedgasse <i>Dringlichkeit und Antrag einstimmig angenommen</i>
KFG	GKB Infoveranstaltung <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ, Eustacchio)</i>
Neos	Sicherheitsmaßnahmen im Grazer Rathaus jetzt stärken <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, Neos, FPÖ, Eustacchio)</i>
FPÖ	Präventionskonzept Jugendkriminalität <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen FPÖ)</i>

Gemeinderat Max Zirngast

Donnerstag, 25. April 2024

Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Amtliche Preisregulierungen auf Güter des täglichen Bedarfs

Wir alle spüren die massive Teuerung, vor allem seit 2022, im Alltag enorm. Auch wenn die Spitzen der Inflation der Jahre 2022 und 2023 im Moment nicht erreicht werden und die Inflationsrate sinkt, so wird das Leben dennoch nicht billiger. Eine geringere Inflationsrate bedeutet ja schließlich nur, dass die Preise weniger stark steigen.

Bemerkenswert ist, dass laut Statistik Austria die Preise in Österreich im Jahresvergleich im März um 4,1 Prozent angestiegen sind. Damit liegt Österreich in Punkto Inflation noch immer im europäischen Spitzenfeld. Nur in Rumänien und Kroatien ist die Inflationsrate noch höher, während die durchschnittliche Teuerung in der EU bei 2,4 Prozent liegt. Besonders bitter ist, dass die wichtigen Bereiche Wohnen und Energie sich für die Bevölkerung um weitere 4,2 Prozent verteuert haben. Für Nahrungsmittel zahlt man um 3,4 Prozent mehr.

Die Ursache der massiven Teuerung seit 2022 ist nicht die sogenannte Lohn-Preis-Spirale, denn Lohnerhöhungen folgen nur den gestiegenen Preisen. Die Ursachen waren Unterbrechungen in den globalen Lieferketten durch Pandemie und später den Krieg Russlands gegen die Ukraine und die Möglichkeit von Konzernen mit monopolistischer Macht Preise zu erhöhen, um die Profitraten zu steigern. (https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/PKU_2023-10-02_Profitgetriebene-Inflation.pdf)

Der diesjährige Oxfam-Bericht (<https://www.oxfam.de/system/files/documents/bp-inequality-inc-150124-eng.pdf>) zeigt nicht nur eine enorme Ungleichheit bei Vermögen auf, er arbeitet vor allem auch die Monopolisierungstendenzen der letzten Jahrzehnte heraus.

So kontrollierten zum Beispiel 1997 zehn Konzerne 40 Prozent des weltweiten Marktes an Saatgut - heute kontrollieren zwei Konzerne 40 Prozent desselben Marktes. In den letzten zwei Jahrzehnten sind 60 große Pharmakonzerne zu nur mehr zehn fusioniert, die den weltweiten Markt kontrollieren, 90 Prozent der Onlinesuchen passieren über Google.

Mit der Monopolisierung und der Internationalisierung der Produktion verschiebt sich das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital stark in Richtung Kapital. Es gibt einen enormen Druck auf die Arbeit, die in eine Abwärtsspirale gezogen wird. Die Reallohnentwicklung der letzten Jahrzehnte zeigt das sehr deutlich (z.B.: https://ooe.arbeiterkammer.at/service/broschuerenundratgeber/steuerundeinkommen/B2018_Einkommensverteilung_Fakten_PK.pdf)

Denn trotz massiv gestiegener Produktivität (38 Prozent/Arbeitsstunde von 1997 bis 2022) sind die Löhne in Österreich deutlich geringer gestiegen (die von Unternehmen bezahlten Arbeitskosten sind im selben Zeitraum nur 20,6 Prozent gestiegen). Von der gestiegenen Produktivität profitieren also die Unternehmen. (https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/PKU_2023-10-02_Profitgetriebene-Inflation.pdf, S.4)

Nur so erklärt sich auch, dass die Superreichen in den letzten Jahren der Polykrise noch reicher wurden und die Ungleichheit bei Vermögen massiv gewachsen ist.

Der Oxfam-Bericht fasst die wesentlichen Ergebnisse in dieser Hinsicht so zusammen:

- *Die fünf reichsten Männer der Welt haben ihr Vermögen seit 2020 von 405 Milliarden US-Dollar auf 869 Milliarden US-Dollar mehr als verdoppelt.*
- *Alle Milliardär:innen zusammen sind heute um 3,3 Billionen US-Dollar (34 Prozent) reicher als 2020. Ihr Vermögen wuchs damit dreimal so schnell wie die Inflationsrate.*
- *Fast fünf (4,77) Milliarden Menschen, die ärmsten 60 Prozent der Menschheit, haben seit 2020 zusammen 20 Milliarden US-Dollar Vermögen verloren.*
- *Das Gesamtvermögen der fünf reichsten Deutschen ist seit 2020 inflationsbereinigt um rund drei Viertel (73,85 Prozent) gewachsen, von etwa 89 auf etwa 155 Milliarden US-Dollar. (<https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/bericht-soziale-ungleichheit-2024>)*

Diese gesamte Entwicklung lässt also nur den Schluss zu, dass es höchste Zeit ist, dieser Tendenz entgegenzusteuern. Selbstverständlich braucht es dafür eine grundlegende Veränderung der Art und Weise wie in unserer Gesellschaft produziert wird. Wesentliche Bereiche der Grundversorgung (Energie, Nahrungsmittel, Wohnen) sind der gesellschaftlichen Kontrolle zum größten Teil entzogen. Nur wenn wir als Gesellschaft darüber entscheiden können wie und in wessen Interesse wir Wirtschaft gestalten wollen, kann den aktuellen Krisentendenzen (inklusive der ökologischen Krise) aktiv entgegengewirkt werden. Preisregulierungen und aktive Besteuerung von Vermögen und Übergewinnen – insbesondere Gewinnabschöpfungen bei den Profiteuren der Teuerungskrise wie z.B. Energiekonzernen – wären ein erster Schritt.

Wirtschaftsminister Kocher könnte amtliche Preisregulierungen auf Güter des täglichen Bedarfs einsetzen um zur Entlastung der Bevölkerung beizutragen und zu verhindern, dass monopolistische oder oligopolistische Konzernstrukturen Profite auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung machen. Das war im Übrigen in Österreich vor wenigen

Jahrzehnten auch noch ein übliches Mittel, in vielen europäischen Ländern wird es noch heute eingesetzt. Im Sinne des Motiventextes fordern wir genau das auch ein.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Bundesminister Martin Kocher wird aufgefordert Steuerungsinstrumente zu nutzen und mit amtlichen Preisregulierungen wesentliche Güter des täglichen Bedarfs zu regulieren und somit das Leben für die große Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere Menschen mit geringeren Einkommen, wieder leistbar zu machen.

GR Markus HUBER

25. April 2024

A N T R A G
zur
Dringlichen Behandlung

Betreff: Infrastrukturmaßnahmen Park & Ride

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Anfang April unternahm Vizebürgermeisterin Schwentner mit einer Delegation eine Bildungsreise in die Partnerstadt Groningen. Wie Medien zu entnehmen war, sieht Vizebürgermeisterin Schwentner die Stadt Groningen als Vorbild für Graz.

Wie Groningen allerdings die auch in Graz angestrebte Verkehrswende forciert hat und weiter betreibt, erfahren wir in einer bemerkenswerten Analyse des renommierten Verkehrsexperten Kurt Fallast. So verfügt Groningen etwa über ein sehr gut ausgebautes Netz an sechs großen Park & Ride Anlagen am Stadtrand. Zum Vergleich: Groningen hat etwa 238.000 Einwohner:innen. Groningen verfügt zudem über ein sehr starkes Netz an Tiefgaragen im Innenstadtbereich, diese sind noch dazu mit moderner Software ausgestattet. „Die Verfügbarkeit von Stellplätzen in einer Garage im Nahbereich des Zieles kann von der Bevölkerung online abgerufen werden und Parkplätze können bereits im Vorab gebucht werden. Das erweist sich nicht nur als praktisches Tool für die Einwohner:innen, sondern führt zu einer Reduktion der parkplatzsuchenden Verkehrsteilnehmer:innen und somit zu einer Reduktion der Kfz-Verkehrsleistung“, führt Fallast aus.

Man musste in Groningen eingestehen, dass Fußgänger:innen oftmals von Radfahrer:innen verdrängt wurden - ein Problem, das wir in Graz nicht nur in der Schmiedgasse wiedererkennen. Groningen reagierte mit eigenen Fahrrad-Hoch- und -Tiefgaragen. Eine dem Gemeinderat mittlerweile bekannte Idee und Initiative, die bereits mehrfach von unserer Fraktion eingebracht wurde.

Wir sehen also, dass die von Vizebürgermeisterin Schwentner als Vorbild herangezogene Stadt Groningen Vorreiter in Sachen Park & Ride für Autos wie auch Fahrräder ist. Umso erstaunlicher, dass eines der größten Versäumnisse im Zusammenhang mit dem Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel in Graz, der Stillstand beim Thema Park & Ride ist und sogar bereits fertige Projekte nicht umgesetzt werden. Ein Umstand, den sogar die steirischen Grünen massiv kritisieren.

Der Standort Murpark ist dabei von besonderer Brisanz. Im Frühjahr 2007 wurde das Park & Ride-Parkhaus beim Einkaufszentrum Murpark eröffnet. Seither hat es sich zum erfolgreichsten der ganzen Stadt entwickelt. Die 480 Stellplätze sind meist zu hundert Prozent ausgelastet und die Kapazität oft bereits vor 9 Uhr erschöpft.

Vor diesem Hintergrund wurde in der vergangenen Gemeinderatsperiode im Jahr 2021 bereits der Ausbau und die Finanzierungsmittel für dieses Park & Ride-Parkhaus vom Gemeinderat beschlossen. Dafür wären 500 neue Park & Ride Plätze entstanden, die Kapazität des P&R Murpark hätte sich verdoppelt.

Auch für eine Erweiterung des Park & Ride in Webling gibt es dem Vernehmen nach fertige Pläne. Und für einen neuen zusätzlichen Park & Ride-Standort im Norden von Graz wurde bereits ein Grundstück an der Weinzöttlstraße mit direkter Straßenbahnanbindung von der Stadt angekauft. Doch eine konkrete Planung bleibt weiterhin ausständig. Wären Webling und Andritz aber in einer ähnlichen Größenordnung wie die Erweiterung des Murpark könnte man mit einem engagierten Vorgehen rund 1.500 Autos von Pendler:innen aus allen Himmelsrichtungen frühzeitig am Stadtrand abfangen und damit das Stadttinnere entlasten.

Mehrfach ignoriert wurden die Initiativen der Volkspartei betreffend Fahrrad-Hoch und -tiefgaragen, die in Groningen einen wichtigen Erfolgsfaktor für die in Graz angestrebte Verkehrswende sind. Besonders bemerkenswert ist hierbei sicher das Forum Groningen im Zentrum der Stadt, in dem bis zu 1.250 Fahrräder kostenlos in der durchgehend geöffneten und bewachten Fahrradgarage abgestellt werden können.

Ebenso ignoriert wurde bisher leider die oftmalige Forderung der Volkspartei die Schmiedgasse für Fahrräder zu sperren und eine reine Fußgänger:innenzone zu etablieren. Hier ist aus unserer Sicht auch dringender Handlungsbedarf, da es immer wieder zu gefährlichen Situationen gerade für vulnerable Personengruppe kommt.

Daher stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den folgenden

Dringlichen Antrag:

Die zuständige Verkehrsstadträtin wird hinsichtlich der im Motiventext genannten Maßnahmen für eine Verkehrsberuhigung bzw. -optimierung aufgefordert, wie folgt:

- Einen umfassenden Plan vorzulegen, wie es mit den P&R-Bereichen in Andritz und Webling weitergeht und wann an diesen Örtlichkeiten mit einem Bau einer P&R-Anlage gerechnet werden kann.
- Einen Bericht über den geplanten Ausbau des P&R-Murpark vorzulegen. Diesem Bericht soll vor allem ein genauer Zeitplan beiliegen.

GR Sissi POTZINGER

25. April 2024

A N T R A G
zur
Dringlichen Behandlung

Betreff: Masterplan „Sicherheit in Grazer Bädern“

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Grazer Frei- und Hallenbäder sind Orte der Erholung, Entspannung, sind Freizeitmöglichkeiten für Familien und Kinder, die hier Spiel, Spaß und Sport suchen und finden.

Leider sorgen mittlerweile Zwischenfälle in Grazer Bädern immer wieder für Aufregung und Unruhe. Erschreckende und besorgniserregende Zustände, wie in Freibädern in Berlin und anderen deutschen Städten, blieben Graz bislang erspart. Und doch erkennen wir Parallelen zu Wiener Bädern, die das vergangene Jahr über mit Schwierigkeiten, wie diversen Übergriffen, Tötlichkeiten etc., zu tun hatten, die nun leider auch vermehrt in Grazer Hallenbädern auftreten. Das gibt uns Anlass zur Beunruhigung und muss zu einer Ergreifung von Maßnahmen für eine reibungslose Freibadesaison 2024 führen.

Im Bad zur Sonne, das gerade in der Winterzeit ein beliebtes Familienbad ist und in dem Kinder oftmals schwimmen lernen, kam und kommt es leider vermehrt zu Situationen, die alarmierend sind. Immer wieder klagen Badegäste über die Nichteinhaltung der Haus- und Badeordnung, über unangenehme Situationen, die gerade Frauen betreffen, aber leider auch über Zwischenfälle, die die körperliche Unversehrtheit von Badegästen beeinträchtigen. So berichtete die Kronen Zeitung von einer Schwimmerin, die aufgrund rücksichtslosen bzw. vermeintlich vorsätzlichen Verhaltens junger Burschen einen Zehenbruch davongetragen hat. Dem Vorfall gingen Beschwerden der später verletzten Dame an die Badeaufsicht voraus, sie fühlte sich nach eigenen Aussagen nicht ausreichend geschützt. Leider kein Einzelfall, wie berichtet wurde.

Auch im Auster Sport- und Wellnessbad mussten bereits über 30 Jugendliche mit einem Badeverweis bzw. -verbot belegt werden, auch die Exekutive musste schon zu Hilfe gerufen werden.

Diese Vorkommnisse sind im Hinblick darauf, dass die Badesaison noch nicht einmal gestartet hat besonders alarmierend und die Grazer:innen sind daher verständlicherweise über die Sicherheitslage in den Bädern in der bevorstehenden Sommer-Badesaison besorgt.

In Wien, aber auch in verschiedenen bayrischen Städten, reagierte man mit notwendigen Maßnahmen auf sexuelle Übergriffe, Störungen und Randale, um das Sicherheitsgefühl der Badegäste zu erhöhen. Hier wurden beispielsweise unter anderem Vereinbarungen mit der Polizei getroffen, nach denen Polizist:innen die Freibäder unentgeltlich nutzen können, wenn sie ihre Dienstnummer hinterlassen, und sich im Ernstfall in den Dienst stellen, um die Bäderbediensteten bis zum Eintreffen der uniformierten Einsatzkräfte unterstützen.

Um der besonderen Schutzbedürftigkeit von Kindern Folge zu leisten und ihnen unbeschwerter Badetage zu ermöglichen, werden in Wien besondere Schulungen für alle im Publikumsbereich tätigen Bediensteten durchgeführt, die helfen sollen, zu sensibilisieren, und präventiv zu wirken, um mögliche verdächtige Verhaltensweisen und Gefahrenpotenziale, vor allem in Bezug auf Übergriffe, bereits im Vorfeld zu erkennen. Im konkreten Verdachtsfall erfolgt die umgehende Verständigung der Polizei.

Die zahlenden Badegäste haben nicht nur Anspruch auf technisch und hygienisch einwandfreie Bäder, sondern müssen sich auch darauf verlassen können, dass in den Bädern strikt darauf geachtet wird, dass ein störungsfreies Badevergnügen gewährleistet ist. Es ist schlicht nicht hinzunehmen, wenn eine Minderheit von Störer:innen die Nutzung der öffentlichen Grazer Bäder vor allem für Familien, Frauen und Kinder unmöglich macht. Ein reibungsloser Sommer in den Bädern wird anscheinend nur mit konsequentem Vorgehen, das auf strikten Regeln und neuen Sicherheitskonzepten basiert, möglich sein.

Daher stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den folgenden

Dringlichen Antrag:

Beteiligungsstadtrat Manfred Eber wird ersucht, bis Anfang Juni 2024 ein umfangreiches Sicherheitskonzept zu erarbeiten und in einer Sitzung der Stadtregierung vorzustellen, das auf den bisherigen Erfahrungen mit Störer:innen, Täter:innen und Täter:innengruppen und den angezeigten Vorfällen und Problemfeldern basiert.

Dieses Konzept soll unter anderem folgende wesentlichen Punkte berücksichtigen:

- Die Sicherheit des Badebetriebes ist jederzeit zu gewährleisten und die Bediensteten müssen das Hausrecht durchsetzen können. Schulungen durch die Polizei sollen die Bediensteten darauf vorbereiten, deeskalierend zu wirken, und bei Konflikten zu intervenieren.
- Die Sicherheit für Kinder soll im Sinne des Motivenberichts verstärkt werden und Schulungen durch diverse Träger für die Bediensteten angeboten werden.
- Die Grazer Freizeitbetriebe müssen mit aller Konsequenz Badeverbote für die gesamte laufende Badesaison gegen Randalierer:innen verhängen können. Durch die Aufnahme der Personalien der Störer:innen und wirksame Einlasskontrollen sollen diese Hausverbote durchgesetzt werden können.
- Sensible Bereiche, wie Umkleidekabinen, Sanitärbereiche und Spielplätze, sind noch intensiver zu kontrollieren und in geeigneter Form zu beobachten.
- Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, zu prüfen, in welcher Form die Regelung, dass Polizeivollzugsbeamt:innen, die sich an der Badekasse mit ihrer Dienstnummer registrieren, kostenlosen Zutritt in das Bad erhalten und so im Bedarfsfall unterstützend eingreifen können, in Graz umsetzbar wäre.



8011 Graz, Rathaus, Zimmer 236–239

Tel.: + 43 (0) 316 / 872-2151
Fax: + 43 (0) 316 / 872-2159
E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Max Zirngast

Donnerstag, 25. April 2024

**Abänderungsantrag zum Dringlichen Antrag der ÖVP
„Masterplan – Sicherheit in Grazer Bädern“**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

selbstverständlich ist uns die Sicherheit und das Wohlbefinden unserer Gäste in den Grazer Bädern ein wichtiges Anliegen. Wir vertrauen bei der Konzepterstellung der Holding Graz und anderen Expertinnen und Experten die wir im Zuge der Konzepterstellung noch hinzuziehen werden und wollen diesen keine Ergebnis-Vorgaben machen.

Namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ Graz stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Beteiligungsstadtrat Manfred Eber wird ersucht, bis Anfang Juni 2024 ein umfangreiches Sicherheitskonzept zu vorstellen, in das die bisherigen Erfahrungen ebenso einfließen wie weiterführende noch zu erarbeitende Maßnahmen.



Dringlicher Antrag

der Grünen – ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 25.04.2024

von

Gemeinderätin DIⁱⁿ Zeynep Aygan Romaner

Betrifft: Zugang aller 0 bis 6-Jährigen zur Elementarbildung

Vor 250 Jahren wurde in Österreich die allgemeine Unterrichtspflicht eingeführt. Kärnten hat am 1. 9. 2023 den Gratiskindergarten eingeführt. Was verbindet diese zwei wichtigen Maßnahmen? Sie sind beide eine Antwort auf die Erfordernisse ihrer Zeit. Kaiserin Maria Theresia war der Meinung, dass nur eine Gesellschaft mit breitem Zugang zur Bildung in der Lage sei, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern und sie sah die Lösung in der Einführung der allgemeinen Schulpflicht der 6 bis 12-Jährigen. Mit der Zeit wurde deutlich, dass Bildung auch älteren Kindern zugänglich gemacht werden muss. Heute zeigt sich, dass die Altersgruppe noch einmal erweitert werden muss.

Längst ist wissenschaftlich belegt, dass die Arbeit mit den 0 bis 6-Jährigen keine reine Aufbewahrung und Betreuung mehr sein darf und zuallererst als Bildungsauftrag gesehen werden muss. Mit den sich stark verändernden Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft kommt der elementaren Bildung der Kleinsten eine Schlüsselrolle zu. Der Zugang dazu muss daher für alle Kinder hürdenfrei möglich sein. Das ist in der Steiermark aber nicht gegeben. Nicht mehr.

Wir waren schon einmal weiter als heute und von 2008 bis 2011 mit dem Gratiskindergarten ein Vorreiterbundesland. Aber schon mit 2011 wurde diese wichtige Maßnahme zur Herstellung von mehr Bildungsgerechtigkeit eingestellt. Richten wir unseren Blick auf die anderen Bundesländer, so wird deutlich, dass die Steiermark heute gemeinsam mit Vorarlberg zu den beiden einzigen Bundesländern ohne allgemeinen kostenfreien Zugang zur Bildung der 0 bis 6-Jährigen zählt. In den Bundesländern Wien, Burgenland und Kärnten ist der Zugang ganztägig, in Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich und Tirol halbtags kostenlos. Statt eine Vorreiterrolle innezuhaben, hat sich die Steiermark zum Schlusslicht entwickelt.



Die Leistbarkeit ist das eine wichtige Kriterium, um allen Kindern unabhängig von der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Eltern den Besuch von Kinderkrippe und Kindergarten zu ermöglichen. Das andere ist die Verfügbarkeit von ausreichend Plätzen in einer guten Qualität.

Graz ist als größte Gemeinde in der Steiermark und als stark wachsender Ballungsraum hier besonders gefordert. Der notwendige Ausbau der Plätze und Gruppen ist eine große Aufgabe, die die Stadt alleine nicht stemmen kann, die finanziellen Herausforderungen für den Ausbau sind enorm. Der genaue Ausbaupfad für die nächsten Jahre soll ja auch demnächst hier im Gemeinderat präsentiert werden. Letztendlich muss es unser Ziel sein, dass sich alle Eltern darauf verlassen können, dass ihr Kind einen Platz in einer guten, leistbaren Bildungseinrichtung bekommt und in seiner Entwicklung in einer kindgerechten Gruppengröße und Umgebung optimal gefördert wird.

Mit dem Zukunftsfonds des Bundes für Elementarbildung gibt es zwar zusätzliche Mittel, die aber mit den Erfordernissen nicht mithalten können. Wir brauchen daher dringend mehr Unterstützung auch und gerade durch das Land, um eines der wichtigsten Ziele für eine Stadt, nämlich Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder zu sichern, zu erreichen. Je früher wir in die optimale Entfaltung und Entwicklung unserer Kinder investieren¹, desto eher werden wir sie in die Lage versetzen, die zukünftigen Herausforderungen zu meistern. Ebenso wird erforderlich sein, dass auch seitens des Bundes mehr finanzielle Mittel für den Bereich der Elementarbildung – die sogenannte Kindergartenmilliarde – jährlich zur Verfügung gestellt werden.

Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG folgenden

Dringlichen Antrag

Bildungslandesrat Werner Amon wird auf dem Petitionsweg ersucht, die Rahmenbedingung für Kinderbildung und Kinderbetreuung sowohl was die Leistbarkeit als auch die Verfügbarkeit betrifft, zu verbessern. Insbesondere sollen zur Erreichung dieses Ziels folgende Schritte gesetzt werden:

1. Entwicklung eines Modells für die Einführung der beitragsfreien elementaren Kinderbildung und -betreuung für die Altersgruppe der 0 bis 6-Jährigen
2. Erstellung eines Ausbauplans für die nächsten 5 Jahre, der sich an den erwarteten Zuwächsen orientiert

¹ Und dieses Investment zahlt sich aus: Mit einem Return of Social Investment von 7:1 in 21 Jahren und 16:1 in 40 Jahren!



3. Anpassung der finanziellen Mittel an die tatsächlichen Erfordernisse
4. Gespräche mit der Bundesregierung, mit dem Ziel, dass die für den Bereich der Elementarbildung vorgesehenen Bundesmittel ebenfalls den realen Erfordernissen angepasst und auf jeden Fall jährlich eine sogenannte Kindergartenmilliarde zur Verfügung gestellt wird.

Dringlicher Antrag

eingebraucht von Gemeinderat **Mag. Philipp Pointner**
in der Gemeinderatssitzung am 25. April 2024

Betreff: Graz als Vorreiterin: Politprojekt für ein zweites kostenfreies Kindergartenjahr in der Landeshauptstadt!

Der Kindergarten ist die erste Bildungsinstitution, die Menschen besuchen. Hier wird der Grundstein für das weitere Leben gelegt. Er bietet nicht nur eine strukturierte Lernumgebung, die kognitive, sprachliche, emotionale und soziale Fähigkeiten fördert, sondern unterstützt auch die soziale Entwicklung durch das Erlernen des Umgangs mit Gleichaltrigen und das Bilden von Freundschaften. Zudem bereitet er Kinder auf die Schule vor, indem er grundlegende akademische Fertigkeiten vermittelt und Selbstständigkeit sowie Selbstvertrauen stärkt. Gerade deswegen ist es wichtig, dass der Zugang zum elementarpädagogischen Bereich finanziell niederschwellig möglich ist.

Als das beitragsfreie Pflichtkindergartenjahr eingeführt wurde, war der gesamte Kindergartenbesuch in der Steiermark bereits kostenfrei, da dies im September 2008 fraktionsübergreifend im Landtag Steiermark beschlossen wurde. Doch schon 2011 wurde das Gratis-Kindergartenangebot hierzulande wieder abgeschafft (<https://www.derstandard.at/consent/tcf/story/1297819496954/steiermark-schafft-gratis-kindergarten-mit-ausnahmen-wieder-ab>). Die Steiermark liegt nun hinter dem österreichischen Durchschnitt der Betreuungsquoten für 0- bis 2-Jährige und 3- bis 5-Jährige zurück und ist auch weit von den Barcelona-Zielen entfernt. Die Kosten für die Elementarbildung belasten die Familien in unserem Bundesland trotz der eingeführten sozialen Staffelung weiterhin erheblich. Mittlerweile besteht im Vergleich zu anderen Bundesländern ein erheblicher Nachholbedarf.

Kärnten hat zum Beispiel vorgezeigt, dass ein kostenloser Kindergarten auch in schwierigen Zeiten zu machen ist. Durch das neue Kärntner Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz vom 01.09.2023 werden Gruppengrößen schrittweise reduziert und die Gehälter von Elementarpädagog:innen angehoben. Auch die Elternbeiträge für den Besuch eines Kindergartens oder einer Kinderkrippe werden nun übernommen (https://www.kleinezeitung.at/kaernten/6319054/Gruppen-werden-kleiner_In-Kaernten-gibt-es-jetzt-den). Aber nicht nur im SPÖ-ÖVP-regierten Nachbarbundesland passieren positive Dinge, sondern auch in Oberösterreich. Trotz FPÖ-Regierungsbeteiligung gibt es bald eine durchgehende Gratis-Vormittagsbetreuung für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt.

Im steirischen Landtag haben nicht nur wir NEOS, sondern auch Grüne und KPÖ erkannt, dass die Steiermark hier hinterherhinkt. Genau deswegen haben sie sich auch für das zweite kostenlose Kindergartenjahr ausgesprochen. Aber auch die SPÖ schrieb sich in der Landtagsitzung vom 23.04.2024 stolz auf die Fahnen, dass es vor allem Bundesländer mit roten Landeshauptleuten wären, wo in der Frage der Kinderbildung- und Kinderbetreuung viel geschehen würde. Dadurch ergibt sich - zumindest theoretisch - im Grazer Gemeinderat eine Mehrheit für Vorhaben in diese Richtung, was als Chance genutzt werden kann, um in der Landeshauptstadt ein Politprojekt zu starten. Hier würde sich dann auch zeigen, ob es den genannten Parteien tatsächlich ein genuines Anliegen ist, in dieser Frage weiterzukommen oder ob es sich bei den gestellten Forderungen im Landtag nur um Wahlkampfaktik handelt.

Das zweite Kindergartenjahr muss für Eltern kostenlos werden, damit jedes einzelne Kind Chancengerechtigkeit bekommt! Durch die politischen Verhältnisse im Grazer Gemeinderat ergibt sich jetzt die einzigartige Möglichkeit, diesen Meilenstein zu setzen!

Namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat stelle ich den **dringlichen Antrag**:

Die Stadtregierung und insbesondere der Finanzstadtrat werden aufgefordert, zu prüfen, wie ein zweites kostenloses Kindergartenjahr in Graz zu ermöglichen ist.

Das Ergebnis der Prüfung ist dem Gemeinderat in der Juli-Sitzung vorzustellen.

Betreff: Grazer Wirtschaft in den Blickpunkt
Stellen/Infokampagne



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

eingbracht von Herrn Gemeinderat Arsim Gjergji
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 25. April 2024

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!
Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung!
Liebe Mitglieder des Gemeinderats!

Eine große Stärke der Grazer Wirtschaft ist ihre Vielfalt: Ein Herzstück des Wirtschaftsstandortes Graz sind neben den großen Leitbetrieben die Tausenden Eine-Person-Unternehmer:innen, die Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe. Sie sind mit die wesentlichen Garanten dafür, dass die von der Bevölkerung benötigten Dienstleistungen angeboten werden, dass erforderliche Güter vorhanden sind: Schuster, Installateur:innen, Rauchfangkehrer:innen und das kleine Geschäft mit Nähzubehör gehören ebenso dazu wie Friseur:innen, der Greißler oder das Wirtshaus. Sie alle stehen im weitesten Sinne für jene Grund- und Nahversorgung ums Eck, die Voraussetzung für eine „Stadt der kurzen Wege“ ist, wie sie im Kontext mit der allseits angestrebten Reduktion des motorisierten Individualverkehrs im Stadtgebiet zu einer Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität beitragen soll.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist natürlich das Wissen um diese Angebote ums Eck. Es ist aber nicht jedermanns und jeder Frau Sache, aufwändig im Internet zu recherchieren. Hilfreich wäre ein „Wirtschaftskompass“, idealerweise sowohl digital als auch in gedruckter Form, der sowohl in Branchen als auch in Bezirken gegliedert einen konkreten und detaillierten Überblick über die gesamte Angebotspalette der Grazer Wirtschaft bietet, mit (Web)-Adressen und Kontaktdaten. Eine solche Zusammenstellung wäre nicht nur für die Grazer:innen hilfreich, wäre nicht nur eine Unterstützung für die Wirtschaftstreibenden ums Eck gegen die Konkurrenz von Konzernen und dem Versandhandel: Eine solche – selbstverständlich regelmäßig evaluierte - Leistungsschau wäre mit Gewissheit auch eine Werbung für die Stadt Graz. Und nicht zu vergessen: Wenn auch bezirkweise gegliedert, könnte ein solcher „Wirtschaftskompass“ zudem für die vielen Menschen, die sich Jahr für Jahr in Graz ansiedeln, eine wichtige Hilfestellung darstellen, um sich im eigenen Wohnviertel bzw. im neuen Heimatbezirk besser zurechtzufinden.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Der zuständige Wirtschaftsstadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht, prüfen zu lassen, inwieweit ein solcher „Wirtschaftskompass“ gemäß Motivenbericht, der sowohl in Branchen als auch in Bezirken gegliedert einen konkreten und detaillierten Überblick über die gesamte Angebotspalette der Grazer Wirtschaft bietet, in Kooperation mit der Wirtschaftskammer ausgearbeitet werden kann.

Betreff: 8. Mai als Feiertag
Petition an den Bundesgesetzgeber



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

eingbracht von Herrn Gemeinderat Manuel Lenartitsch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 25. April 2024

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!
Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung!
Liebe Mitglieder des Gemeinderats!

Der 8. Mai ist ein Tag von besonderer Bedeutung – am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Nicht zuletzt deshalb ist dieser Tag in Frankreich, Tschechien und der Slowakei auch ein gesetzlicher Feiertag: Als Tag der Befreiung, als Tag des Kriegsendes.

Auch in Österreich fordern seit Jahren etliche Institutionen und Organisationen, darunter die Kinderfreunde, den 8. Mai zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären – bis dato leider erfolglos. Dabei wäre gerade jetzt ein derartiger Schritt wichtiger denn je: Um das Grauen der Vergangenheit mit 75 Millionen Todesopfern im Zweiten Weltkrieg, darunter erstmals in einem Krieg mehr Zivilist:innen als Soldat:innen, im Gedächtnis zu behalten und um den Wert von Freiheit und Frieden zu betonen. Und dies ganz besonders als Mahnung für Gegenwart und Zukunft zu sehen: Der Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine, dieser völkerrechtswidrige Eroberungsfeldzug gegen ein unabhängiges Land, zeigt, wie verletzlich Demokratie und Frieden sind, zeigt, dass wir diese Werte nicht als gegeben und selbstverständlich betrachten dürfen, sondern dass wir uns um Frieden, Freiheit, Demokratie bemühen müssen.

Und genau dafür soll der 8. Mai stehen: Als ein Festtag für Frieden, Freiheit und Demokratie und als ein Tag, der uns mahnt, uns dieser Werte zu besinnen, uns für diese Werte einzusetzen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt im Petitionswege an die österreichische Bundesregierung und den Nationalrat mit dem Ersuchen heran, den 8. Mai – als Tag des Friedens, der Freiheit und der Demokratie – in Österreich zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären und eine solche Initiative auch auf EU-Ebene zu setzen.

KO Mag. Alexis Pascuttini
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 25. April 2024

Betreff: Fahrradfreie Schmiedgasse
Dringlicher Antrag

Grundsätzlich ist es sehr erfreulich, dass nun doch – zumindest ein kleiner Teil der Grazer Linkskoalition – unserer langjährigen Forderung nach einer Fahrradfreien Schmiedgasse nachkommen möchte. Diese erfreuliche Nachricht konnte der Berichterstattung der Kleinen Zeitung (<https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/18398662/spoe-prescht-koalitionsintern-voran-fuer-radfreie-schmiedgasse>) am 24.04.2024 entnommen werden.

Auch Bürgermeisterin Elke Kahr hat in der Gemeinderatssitzung im Juli 2023 bereits in diese – richtige – Richtung gedacht:

*Auch die Bürgermeisterin stoß in einem Statement in der Gemeinderatssitzung vom Juli 2023 bereits in die richtige Richtung: **Schmiedgasse ist ein Dauerthema und mit zunehmender Möblierung, sprich Gastgärtenausweitung, immer mehr Ständer und immer mehr Leute, ist es logisch, wenn der Platz zu eng wird. Deshalb werden natürlich auch die Maßnahmen sinnvoll sein, die in der Neutorgasse umgesetzt werden. Die Maßnahmen in der Neutorgasse werden zumindest ein „Mindestmaß“ an Wirkung haben. Zudem sind Fahrräder in einer Fußgängerzone nur zu GAST.***

Nach dem nunmehrigen Bekanntwerden der Pläne betreffend die Begegnungszonen in der Kaiserfeldgasse, Raubergasse, etc., bietet sich nun die finale Chance, die Schmiedgasse endlich für alle, aber vor allem für Fußgänger, sicher zu machen und mit breiter Mehrheit im Grazer Gemeinderat eine Fahrradfreie Schmiedgasse zu beschließen. Warum noch zuwarten, wenn die Bereitschaft, die körperliche Unversehrtheit der in der Schmiedgasse flanierenden Fußgänger zu schützen, nun endlich auch bei Teilen der Linkskoalition am Programm steht? Mit einem Beschluss in der heutigen Gemeinderatssitzung und einer daraufhin folgenden sofortigen Umsetzung der Fahrradfreien Schmiedgasse können Unfälle verhindert und Verletzungen samt Folgeschäden umfassend verhindert werden.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die für Verkehr verantwortliche Bürgermeister-Stellvertreterin Judith Schwentner wird ersucht, gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Magistrats bis zur erfolgten Umsetzung der Begegnungszone in der Raubergasse und des Radweges entlang des Joanneumring im Jahr 2025 eine Fahrrad freie Schmiedgasse zu prüfen.

Mag. Michael Winter
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 24. April 2024

Betreff: GKB Infoveranstaltung
Dringlicher Antrag

In der Gemeinderatssitzung vom Oktober 2023 stellten wir folgenden Antrag: *„Die Verantwortlichen der GKB werden ersucht, eine neuerliche Informationsveranstaltung (Bürgerinformationsveranstaltung) zum Ausbau der GKB im notwendigen und geeigneten Rahmen zu organisieren.“*

Dieser Antragstext weichte von der ursprünglichen Version, im guten Glauben an wirkliche Bemühungen der Vizebürgermeisterin, die betroffenen Anrainer informieren zu wollen, entscheidend ab. Anstatt Ihre Position zu nutzen, trat man lediglich in Form einer lapidaren E-Mail an die GKB heran.

Der daraus resultierende Termin stellte in keiner Weise eine ordentliche Informationsveranstaltung dar und hatten auch Bürger keine Möglichkeit ihre Wünsche in großer Runde darzulegen. Und das obwohl im ursprünglichen Antrag die Form der Veranstaltung wie folgt beschrieben war: *„Hier sollen die Verantwortlichen der GKB in Form einer geführten Veranstaltung allen anwesenden Personen gleichzeitig Rede und Antwort stehen.“*

Das Angebot der Verantwortlichen auf Seiten der GKB/ÖBB mit jedem Bürger Einzelgespräche zu führen, ist gleich der ersten „Infoveranstaltung“ nicht zielführend, da nicht jeder Bürger dieselben Fragen hat, aber von anderen profitieren kann.

Somit ist unabhängig der technischen und organisatorischen Ausführungen des vergangenen Termines (Sonderausschuss GKB Strecken) eine breit angelegte Infoveranstaltung notwendig. Es muss auch im Interesse der Stadt sein, die Bürger bestmöglich zu informieren.

Erfreulich ist, dass nun anscheinend die Bereitschaft seitens der ÖBB und GKB vorhanden ist, doch eine weitere Informationsveranstaltung zu veranstalten, diese jedoch erst im Herbst stattfinden soll. In Anbetracht der bereits begonnenen Bauarbeiten in Abschnitt 1, ist eine Veranstaltung im Herbst jedenfalls zu spät.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt an die Verantwortlichen der ÖBB und GKB heranzutreten und die Informationsveranstaltung (Bürgerinformationsveranstaltung) zum Ausbau der GKB im notwendigen und geeigneten Rahmen noch im Juni zu fordern.

Dringlicher Antrag

eingebraucht von Gemeinderätin **Sabine Reininghaus**
in der Gemeinderatssitzung am 25. April 2024

Betreff: **Sicherheitsmaßnahmen im Grazer Rathaus jetzt stärken**

Obwohl der Begriff „öffentliches Gebäude“ weit gefasst ist und Gerichte, Krankenhäuser, Bildungs u.-Kinderbetreuungseinrichtungen genauso darunterfallen, wie etwa Bibliotheken, oder Museen, liegt der Fokus beim „Grazer Rathaus“ als öffentliches Gebäude. Alle öffentlichen Gebäude haben gemeinsam, dass sie einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind und auch öffentlich zugänglich sein wollen. Allerdings geht mit „offenen Häusern“ auch der Umstand einher, dass sie als mögliche Angriffsziele in Betracht kommen und Menschen in Gefahrensituationen bringen könnten.

Mit der Sicherheit im öffentlichen Raum beschäftigt sich die Abteilung „Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz“, unter der Leitung von Mag. Gilbert Sandner. Hier werden alle Sicherheitsaktivitäten zwischen städtischen und externen Einrichtungen koordiniert und abgestimmt und werden Maßnahmen zur Sicherung des öffentlichen Raums erstellt <https://www.sicherheit.graz.at/cms/ziel/12230291/DE/>

Dazu zählt auch die Rathauswache, die zur Sicherung der im Rathaus tätigen und aufhältigen Personen speziell geschult ist, professionelle Zutrittskontrollen beim Eingangsportal des Rathauses durchführt, Gäste in den einzelnen Abteilungen akkreditiert, die Einhaltung der „Hausordnung für Amtsgebäude“ kontrolliert und während laufender Gemeinderatssitzungen die Galerie im Gemeinderatssitzungssaal überwacht <https://www.gps.graz.at/cms/beitrag/10319311/9154886/Rathauswache.html>
[https://www.sicherheit.graz.at/cms/beitrag/10396014/12230291/Die Ordnungswache der Stadt Graz.html](https://www.sicherheit.graz.at/cms/beitrag/10396014/12230291/Die%20Ordnungswache%20der%20Stadt%20Graz.html)
[https://www.sicherheit.graz.at/cms/dokumente/10400161_12230291/acd28da4/Hausordnung%20deutsch Defi-App.pdf](https://www.sicherheit.graz.at/cms/dokumente/10400161_12230291/acd28da4/Hausordnung%20deutsch_Defi-App.pdf)

Der Hauptzugang zum Gemeinderatssitzungssaal ist jedoch während der Gemeinderatssitzungen gänzlich ungeschützt!

Dabei betont das Bundesministerium für Inneres in seiner aktuellen Broschüre „Sicherheit in öffentlichen Gebäuden“ für die unsicherer gewordenen Zeiten, die Wichtigkeit der Prävention. Nicht nur durch den Einsatz technischer Maßnahmen, vor allem durch die Sensibilisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in öffentlichen Gebäuden, ließe sich jedes Risiko minimieren https://www.bundeskriminalamt.at/202/Gewalt_widersetzen/files/832_BK_Broschuere_Sicherheit_in_oeff_Gebaeuden_WEB_V20190723.pdf

Die allgemeine Verschlechterung der Sicherheitslage macht auch vor dem Grazer Rathaus, dem Sitz der Grazer Stadtregierung, nicht halt. Daher ist die präventive Sensibilisierung im Sicherheitsbereich auch ein hochaktuelles Thema, nicht nur für das Grazer Rathaus.

Auch wenn aktuell keine Gefährdung vorliegt, stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat folgenden **dringlichen Antrag**:

- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie sie Personen, die in die Abwicklung von Sitzungen des Gemeinderats regelmäßig involviert sind, wie Vertreterinnen und Vertreter aus dem Stadtsenat, dem Magistrat, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Fraktionsmitglieder, sowie die Mitglieder der Presse, in die Lage versetzen können, dass sie sicherheitsrelevante Gefahren wahrnehmen und durch rechtzeitiges Erkennen das Gefahrenrisiko minimieren können.
- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, in welcher Form die Personen auf Ernstfälle vorbereitet und richtige Verhaltensweisen für den Ernstfall vereinbart werden können.
- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, als präventive Maßnahme künftig den Hauptzugang zum Gemeinderatssitzungssaal während einer Gemeinderatssitzung durch die Rathauswache zu sichern, wie das auf der Galerie praktiziert wird.

GR Günter Wagner
Dringlicher Antrag

eingebraucht in der Gemeinderatssitzung
vom **25. April 2024** von Gemeinderat Günter Wagner

Graz, am 25. April 2024

Betreff: Präventionskonzept Jugendkriminalität
Dringlicher Antrag

Die immer häufiger werdenden Meldungen der Fälle massiver Jugendkriminalität sind besorgniserregend. In Parks, Sportanlagen, Schwimmbäder oder Schulen kommt es zu Diebstahl, Sachbeschädigung, schwerer Körperverletzung oder zu Sexualstraftaten.

Besonders stark zeigt sich der Anstieg bei den unmündigen Tatverdächtigen (ein Plus von 21,8% im Vergleich zu 2021)

Die Hauptursache dieser Problematik liegt ohne Zweifel in der unverantwortlichen Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung. Die unkontrollierte Zuwanderung hunderttausender junger Männer aus fernen Kulturkreisen führte erwartungsgemäß zu einer signifikanten Verschlechterung der Kriminalitätslage in Österreich.

Auf lokaler Ebene bleibt uns lediglich die Symptombekämpfung, um das Schlimmste von der einheimischen Bevölkerung abzuwenden. Jugendstadtrat Kurt Hohensinner ist gefordert, anstatt mit dem Finger auf andere zu zeigen, ein Präventionskonzept zur Jugendkriminalität in Graz zu entwickeln. Der Fokus soll dabei vor allem darin liegen, Maßnahmen zu finden, um Übergriffe im öffentlichen Raum zu verhindern.

Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, dass Jugendstadtrat Kurt Hohensinner aufgefordert wird, im Rahmen der Zuständigkeiten den Jugendamtes (zB. Jugendstreetwork, Elternberatung, etc.) ein Präventionskonzept zur Jugendkriminalität im öffentlichen Raum zu entwickeln.